

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (RAA) im Format der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister am 30. November 2023**

Am 30. November 2023 fand in Brüssel die Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten (RAA) im Format Kohäsionspolitik statt. Die österreichische Delegation wurde von Bundesminister Norbert Totschnig geleitet. Den Vorsitz führte die spanische Ministerin Maria Jesus Montero. Die Europäische Kommission war durch Kommissarin Elisa Ferreira (Kohäsion und Reformen) vertreten.

Auf der Tagesordnung standen die Annahme der Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Kohäsionspolitik, Orientierungsaussprachen zum Abschluss der Programmperiode 2014-2020 und zum Beitrag der Kohäsionspolitik zur strategischen Autonomie Europas, sowie die Vorstellung der Schlussfolgerungen des Rates zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete der EU.

Die Schlussfolgerungen zur Zukunft der Kohäsionspolitik wurden vom Rat angenommen.

Die Orientierungsaussprache zum Abschluss der Programmperiode 2014-2020 zeigte, dass eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, große Herausforderungen bei dessen Umsetzung sieht. Dies ist unter anderem auf die Pandemiejahre und die Einführung neuer Kriseninstrumente zurückzuführen. Einige Mitgliedsstaaten begrüßten die zu diesem Zweck eingeführten Flexibilitäten. Viele Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, forderten eine rasche Umsetzung der von der Kommission im Rahmen des STEP-Vorschlages (Strategische Technologien für Europa) vorgelegten Fristverlängerung für die Fertigstellung der technischen Abschlussdokumente. Während ein paar Mitgliedsstaaten zusätzliche Flexibilitäten für den Abschluss forderten, sprachen sich andere dagegen aus. Um die Herausforderungen hinsichtlich des Abschlusses zu lösen,

seien laut Kommission der Rat und das Europäische Parlament angehalten, den STEP-Vorschlag so rasch wie möglich anzunehmen.

In der Orientierungsaussprache zur Kohäsionspolitik und der europäischen strategischen Autonomie hoben einige Mitgliedsstaaten die große Bedeutung dieses Themas hervor. Mehrere Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, verwiesen auf den bereits geleisteten Beitrag der Kohäsionspolitik zur Wettbewerbsfähigkeit der EU. Mehrere Mitgliedsstaaten betonten die Notwendigkeit, die Politik auf Innovation und die Unterstützung von KMU auszurichten. Hinsichtlich der generellen Unterstützung von Großunternehmen durch die Kohäsionspolitik waren die Mitgliedsstaaten geteilter Meinung. Die Kommission erläuterte, dass der STEP-Vorschlag den Vorsprung der europäischen Industrie durch die Stärkung von Großunternehmen in Schlüsselsektoren schützen könne. Ein fairer interner Wettbewerb werde durch die Fokussierung des Vorschlags auf weniger entwickelte Regionen gewährleistet.

Abschließend verwies der Vorsitz auf die vom AGRIFISH-Rat am 20. November 2023 verabschiedete Ratschlussfolgerung zur langfristigen Vision für ländliche Gebiete der EU. Diese seien nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Kohäsion von Bedeutung. Zwischen diesen beiden Politikbereichen müsse auch bei der Umsetzung mehr Konvergenz und Synergien geschaffen werden.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung möge diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

19. Jänner 2024

Mag. Norbert Totschnig, MSc  
Bundesminister